



GV Input

EG Wislig
26/06/2025

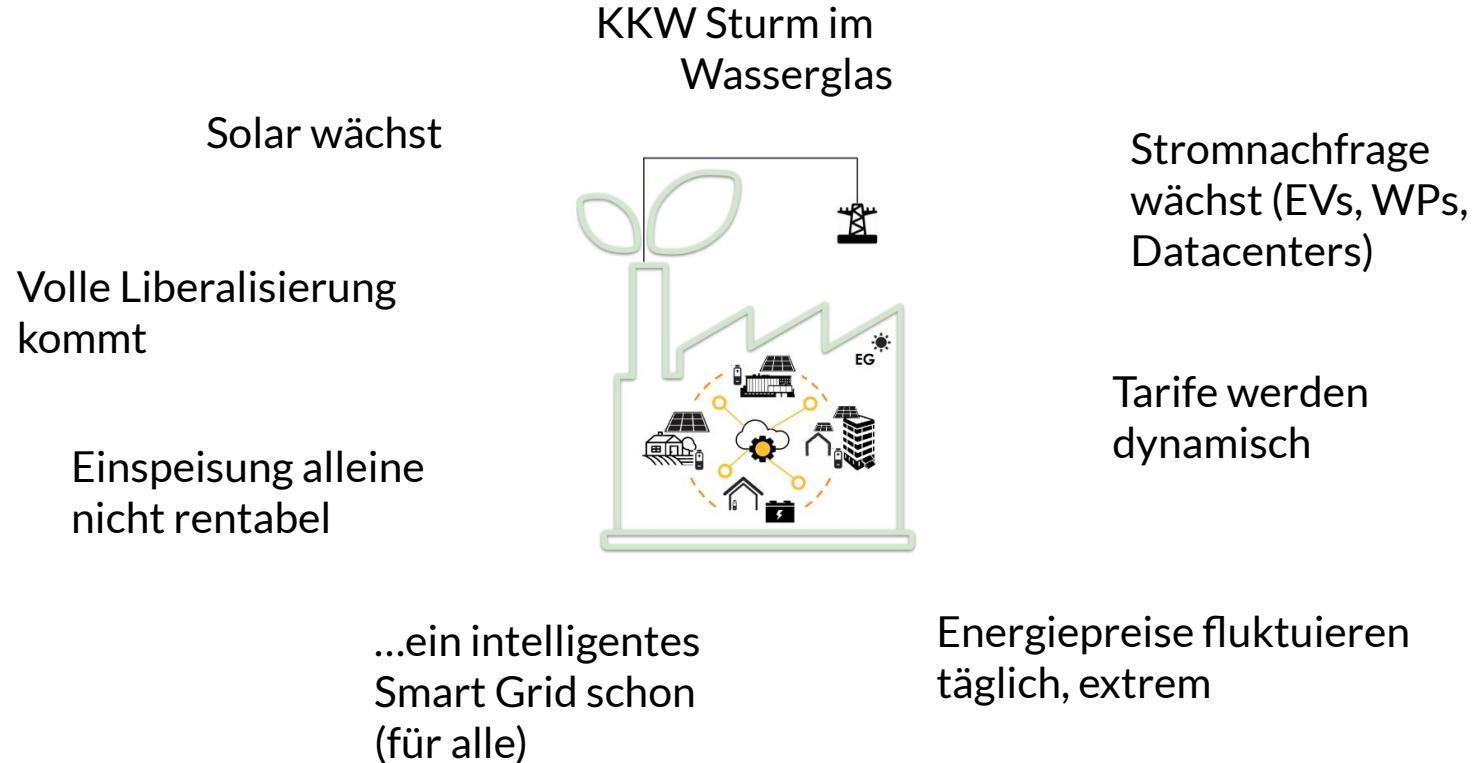
Agenda

1. Marktentwicklungen
2. Update/Änderung
3. Details Planung
 - Logik, Status
 - Teilnehmer Infrastruktur, Bestand & Einbindung
 - Marketing: Interessenten, High Potential
 - Netzwerk & Speicher Infrastruktur/Strategie
 - Verträge (DM, UM, IN, FA), Gründung Infrastruktur AG
 - Verträge EK/FK Finanzierung
 - Investment P1, Umsetzung P1

Heute: 26/06

Update: 25/09

Marktentwicklungen



Marktentwicklungen: KKW, Solar?

Samstag, 29. März 2025

Schweiz
Neue Zürcher Zeitung

11

Städte und Kantone sind gegen die geplante Aufhebung des AKW-Neubauverbots

Der Gegenschlag des Bundesrats zur Blackout-Initiative kommt in der Vernehmlassung schlecht weg

DAVID VONPILON

Die Schweiz steht vor einem Grundratsentscheid in der Energiepolitik. Vor sieben Jahren sprach sich das Stimmvolk für den Ausstieg aus der Kernenergie aus. Die bestehenden Kernkraftwerke sollten zwar weiterlaufen dürfen, so lange sie sicher sind. Doch darüber hinaus sollten die erneuerbaren Energien die Kernenergie ersetzen.

Der Bundesrat möchte von diesem Kurs abweichen und den damaligen Volksentscheid umstossen. Die Welt habe sich seit 2017 fundamental verändert, argumentiert der Energieminister Albert Rösti: Die Aggression Russlands gegen die Ukraine, das starke Bevölkerungswachstum und der massivierte Widerstand gegen geplante Wind-, Sonnen- und Wasserkraftanlagen hätten zur Folge, dass es sich für die Schweiz nicht mehr leisten könne, auf die Kernenergie zu verzichten. «Es muss möglich sein, Lebensstil oder Güterkonsuments mit einem neuen Kernkraftwerk zu ersetzen», sagte Rösti kürzlich in einem Interview mit der NZZ.

Bis es so weit kommt, wird der SVP-Magistrat allerdings noch viel Überzeugungsarbeit leisten müssen. Das zeigen die Stellungnahmen in der Vernehmlassung zum indirekten Gegenschlag zur Blackout-Initiative. Das zeigen die Stellungnahmen in der Vernehmlassung zum indirekten Gegenschlag zur Blackout-Initiative. Das zeigen die Stellungnahmen in der Vernehmlassung zum indirekten Gegenschlag zur Blackout-Initiative.

Viele Fragezeichen

So äussert sich die Konferenz Kantoner Energiedirektoren auffallend kritisch zum Vorgehen des Bundesrats. Eine so zentrale Weichenstellung bedürfe einer umfassenden strategischen und fachlichen Ausdeutung voranzutreiben. Aus Sicht der Kantone müsste der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz weiterhin höchste Priorität geniessen.



Der Bundesrat möchte den Bau neuer Kernkraftwerke wieder zulassen kommen, doch dagegen gilt es Widerstand.

DAVID BALZ / KEYSTONE

Auch einzelne Kantone beurteilen die geplanten Kehrtwende des Bundesrats negativ. Bevor der Entscheid über die Zulassung neuer Kernkraftwerke getroffen werde, müsse geklärt werden, ob Kernkraftwerke wirtschaftlich tragbar seien und sich in das Energiesystem integrieren liessen, schreibt die Regierung des Kantons Graubünden in ihrer Stellungnahme. Der Kanton Schwyz bemängelt, dass der Bundesrat keine Angaben zu zentralen Fragestellungen mache, etwa, wie die neuen Kernkraftwerke finanziert würden und wie die dafür benötigten radioaktiven Stoffe endgelagert werden sollten. Das Sorge für Verunsicherung, was für den Ausbau

der einheimischen Stromproduktion kontraproduktiv sei. Abschlägig beurteilen die Städte die Atompläne des Bundesrats. Sie warnen darauf hin, dass der Neubau von Kernkraftwerken den Ausbau der erneuerbaren Energien konkurrenzieren und befürchten, dass staatliche Fördermittel den erneuerbaren Energien entzogen werden, da die Kernkraftwerke ohne Subventionen wirtschaftlich nicht tragfähig sei. Die Energiewende hin zu einer erneuerbaren Stromproduktion sei bis 2050 gemäss der Wissenschaft durchaus machbar, konstatiert der Ständerat. Auch in der Stromwirtschaft ist die Aufhebung des Neubauverbots für

Kernkraftwerke umstritten. Auf Ablehnung stösst der Gegenschlag etwa bei Swisspower, einer Allianz von zwanzig Stadtwerken. Sie kritisiert, dass der vom Bundesrat vorgeschlagene Schritt nicht nur das Vertrauen in die erneuerbaren Energien untergrabe, sondern auch die Planungssicherheit für die Branchen Akteure. Ein echter Mehrwert für die Schweizer Energiewirtschaft sei nicht zu erkennen. Mit dem abschabaren Gesetzprozess stelle der Vorschlag weder auf kurze noch auf mittlere Frist eine valable Lösung für die Versorgungssicherheit und die Dekarbonisierung der Schweizer Energiewirtschaft dar.

Scharfe Kritik kommt von AEE Suisse, dem Dachverband der Wirtschaft für erneuerbare Energien. Er wirft dem Bundesrat Irreführung in der Darstellung des Gegenschlags vor. Dort nämlich heisse es, dass die Aufhebung des Neubauverbots keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen habe.

«Das jedoch stimmt nur bedingt. Es sei in der Energiebranche unbestritten, dass ein neues Kernkraftwerk ohne massive staatliche Subventionen nicht realisierbar sei. Auch habe sich die Lage gegenüber 2017 nicht wie vom Bundesrat behauptet grundlegend verändert. So seien die Ausbaubezirke für erneuerbare Energien deutlich erhöht und entsprechende Massnahmen im – von Volk klar angenommenen – Stromgesetz verankert worden.

Je mehr Optionen, desto besser

Unterstützung erhält der Bundesrat vom Verband der Schweizer Elektrizitätsunternehmen (VSE). Trotz dem klaren Bekenntnis des Volkes zum Stromgesetz bleibe für ihn ein Fragezeichen bezüglich der Akzeptanz einzelner Energieprojekte und des Fortschritts der Ausbau der erneuerbaren Energien. «Je mehr Optionen langfristig zur Verfügung stehen, desto besser», konstatiert der VSE. Erste Priorität müsse es daher weiterhin die Umsetzung des Stromgesetzes haben.

Voll hinter den Gegenschlag des Bundesrats stellt sich Economieuisse. «Wir können es uns nicht leisten, eine priori Klima- und Technologieentscheidungen zu treffen, die die Wirtschaft schaden», schreibt der Wirtschaftsverband. Das Technologieverbot müsse dabei zwingend aufgehoben und der Neubau von Kernkraftwerken wieder erlaubt werden. Nach der Stärkung der Erneuerbaren sei die Technologieoffenheit der nächste Meilenstein für die Versorgungssicherheit.

Nach nicht zur Aufhebung des Neubauverbots Stellung genommen haben die Parteien. Die Vernehmlassung zur Blackout-Initiative und zum Gegenschlag dauert noch bis Mitte nächster Woche.

Warum stockt der Ausbau der Solarenergie?

Photovoltaik Der Boom scheint vorbei: In der Branche werden Hunderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen. Das gefährdet auch die Energiewende.

Cyril Fatio



Der Zubau von Photovoltaikanlagen dürfte 2025 deutlich zurückgehen. Installierte Solarzellen auf dem Dach eines Einfamilienhauses. Von links nach rechts: Solarpanel, Solarpanel, Solarpanel.

Auch die Solarbranche wächst nicht mehr so stark wie in den letzten Jahren. Nach der Vernehmlassung wird die Branche mit noch weiter rückläufigem Zubau zu bewältigen haben. Die Branche erwartet, dass die Produktion von Solarzellen in der Schweiz in den nächsten Jahren sinken wird. Die Branche erwartet, dass die Produktion von Solarzellen in der Schweiz in den nächsten Jahren sinken wird.

CLP-Präsident kritisiert

Die Branche erwartet, dass die Produktion von Solarzellen in der Schweiz in den nächsten Jahren sinken wird. Die Branche erwartet, dass die Produktion von Solarzellen in der Schweiz in den nächsten Jahren sinken wird.

Solarproduktions stagniert

Die Branche erwartet, dass die Produktion von Solarzellen in der Schweiz in den nächsten Jahren sinken wird. Die Branche erwartet, dass die Produktion von Solarzellen in der Schweiz in den nächsten Jahren sinken wird.

Die Zahlen

Die Zahlen zeigen, dass die Produktion von Solarzellen in der Schweiz in den nächsten Jahren sinken wird. Die Zahlen zeigen, dass die Produktion von Solarzellen in der Schweiz in den nächsten Jahren sinken wird.



Die Zahlen zeigen, dass die Produktion von Solarzellen in der Schweiz in den nächsten Jahren sinken wird. Die Zahlen zeigen, dass die Produktion von Solarzellen in der Schweiz in den nächsten Jahren sinken wird.

Marktentwicklungen: Solar!

4

Politik & Wirtschaft

Solarboom in der Schweiz

Energie Landesweit werden rekordhohe Zuwächse beim Bau neuer Solaranlagen verzeichnet.

Doch das Ausbautempo variiert je nach Region. Nicht überall wird das Potenzial gleich stark ausgeschöpft.

Sebastian Broschinski,
Svenson Cornells
und Dominik Balmer

In den letzten Jahren ist die Zahl neuer Anlagen auf den Dächern markant gestiegen. Landesweit gibt es heute schätzungsweise 320'000 Anlagen, mehr als doppelt so viele wie vor 5 Jahren. Doch das Ausbautempo ist je nach Gemeinde sehr unterschiedlich. Auffallend ist, dass der Ausbau vor allem in den Kantonen Freiburg und Luzern sowie in Teilen der Ostschweiz schnell geht. Das dürfte primär mit der wirtschaftlichen Struktur dieser Gebiete zusammenhängen. David Stüchelberger, stellvertretender Geschäftsführer des Verbands Swissolar, sagt dazu: In diesen Regionen werde vornehmlich Viehzucht betrieben. Das bedeutet, es gibt viele Ställe mit grossen Dachflächen, auf denen sich Solaranlagen installieren lassen. Allein in der luzernischen Gemeinde Buttisholz wird das Potenzial auf den Dachflächen mit über 250 Anlagen zu einem Drittel ausgeschöpft. Ähnlich ist es in der St. Gallen-Gemeinde Stettisch (mit 220 Anlagen).

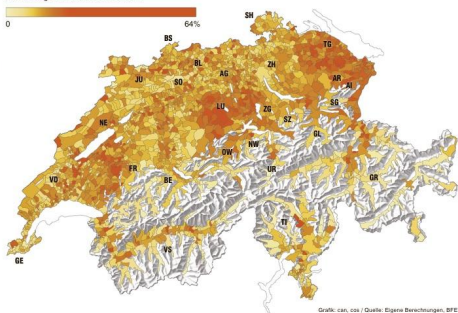
«Enorm hohe Strompreise»

In den Alpenregionen hingegen schreitet der Ausbau weniger schnell voran. Da stehen punktuell einzelne Gemeinden heraus – etwa das hindertische Fribourg, wo eine fassballfeldgrosse Anlage in einem ehemaligen Steinbruch steht. Die Gemeinde nutzt mit fast 200 Anlagen auch gut ein Drittel des Potenzials aus. Unterdurchschnittlich schneiden hingegen die Städte als, Bern und Zürich zum Beispiel nutzen insgesamt nur etwas weniger als 7 Prozent des gesamten Potenzials aus. Die Zubehälter liegen unter den jeweiligen kantonalen Durchschnitts.

Dementsprechend zeigt sich das Bild auf Ebene der Kantone. Beim genutzten Solarpotenzial stehen vier Ostschweizer Kantone

Ausbau der Solarenergie in den Gemeinden und den Kantonen bis Ende 2024

Ausnutzung des Potenzials in Prozent



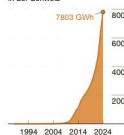
Appenzel top, Graubünden Flop

	Potenzial in GWh	Ausnutzung in %	Produktion in GWh
CH	64 829,5	12,0	7803,3
AI	162,0	18,6	30,1
LU	3325,6	17,3	576,0
AR	428,0	17,0	73,3
SG	4072,1	16,4	666,0
TS	2818,0	16,3	460,2
ZS	689,7	15,8	108,2
FR	3325,3	14,0	465,0
NE	1237,2	13,3	167,4
NW	253,4	13,1	33,7
SZ	1060,7	13,1	138,3
JU	1000,0	12,8	127,9
OW	342,1	12,5	42,7
BL	1965,3	11,8	232,7
SO	2373,0	11,2	289,2
AG	5431,1	10,6	653,6
VD	6029,9	10,5	715,8
GL	329,8	11,2	36,9
ZH	7290,6	10,8	775,9
BE	9184,7	10,3	966,5
SH	704,9	10,3	74,0
TI	3417,0	10,2	348,2
BS	633,9	9,8	60,6
VS	380,1	8,4	36,3
UR	289,1	8,9	25,6
GE	2063,3	8,2	169,4
GR	2829,8	7,7	203,1

Quelle: Ica, via / Quelle: Eigene Berechnungen, BFE

Aufschwung kommt ab 2010

Jährlich produzierter Solarstrom in der Schweiz



Vergleich: Das ständige KKW-Mehrproduktionsniveau rund 300 GWh pro Jahr
Quelle: Ica, via / Quelle: Eigene Berechnung, BFE

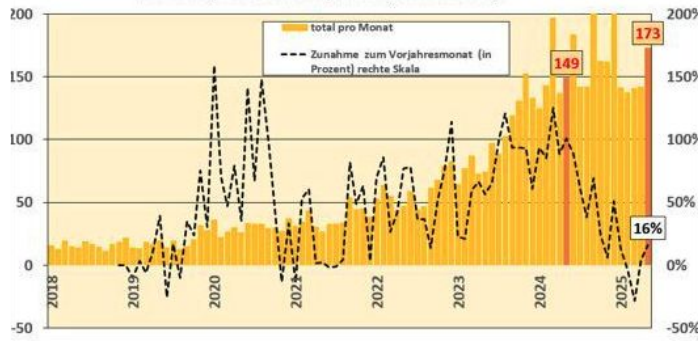
lagen derzeit je nach Schätzung um die 30 Prozent. Dass die Solarenergie in der Schweiz einen derartigen Boom erlebt, hängt laut Stüchelberger mit den «enorm hohen Strompreisen» als Folge der russischen Invasion in die Ukraine zusammen. Unternehmen hätten plötzlich das finanzielle Interesse, ihren Strom zu zahlen, müssen, sagt der Energieexperte. Aber auch für kleine Haushalte ist die Solaranlage ein Ausbaumotiv, weil sie den Strom vom eigenen Dach oft günstiger gewinnen als aus dem Netz. Und schließlich sei vielerorts die Abschneevergütung gestiegen. Das heisst: Wer selber Strom produziert und ins Netz einspeist, kriegt dafür mehr Geld vom öffentlichen Hand.

Und Stüchelberger hat keinen Zweifel, dass der Ausbau beim Sonnenstrom weitergeht. Bis 2035 rechnet sein Verband mit einer Vervielfachung der aktuellen Stromproduktion – damit wären auch die Ziele erfüllt, welche das Stimmvolk mit dem neuen Stromgesetz beschlossen hat. Gemäss Swissolar müsste die Schweiz dazu ungefähr 40 Prozent des Potenzials auf den Dächern nutzen. Mit einem ähnlichen Ausbaumotiv wie in den letzten Jahren sei dies durchaus möglich, sagt Stüchelberger. Derzeit nutzen allerdings nur gerade vier Gemeinden ihr Potenzial auf den Dachflächen zu mehr als 40 Prozent aus. Im gesamtschweizerischen Schnitt liegt die

Ausnutzung bei circa 12 Prozent aller geeigneten Dachflächen. Zudem kann die Schweiz laut Stüchelberger insbesondere auch bei den Solaranlagen auf den Dächern von Mehrfamilienhäusern, bei den Einfamilienhäusern aber auch bei den gewerblichen Gebäuden man seit Jahren hohe Zuwachsraten, bei Mehrfamilienhäusern sogar die höchsten, verzeichnen. Das liegt daran, dass es sich um kleine, aber sehr dicht genutzte Flächen handelt. In diesen Gebäuden sind die Dächer oft schon seit Jahren mit Solaranlagen ausgestattet. Das heisst, dass sich Solarproduzenten lokal mit Verbrauchern zusammenschliessen.

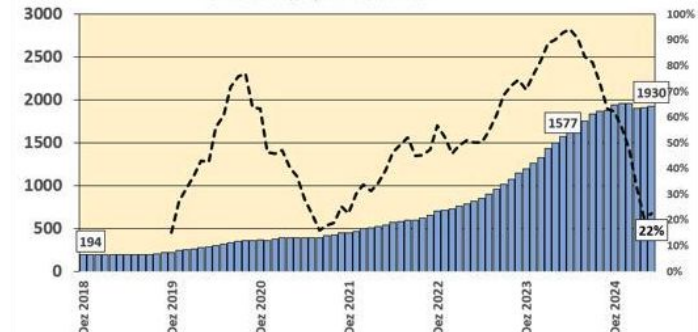
173 MW neue PV-Anmeldungen im Mai 2025

monatlich neue Anmeldungen und prozentuale Veränderung zum Vorjahresmonat
Daten: EIV-Cockpit und Auktions-Cockpit Pronovo/Bundesamt für Energie



1930 MW neue PV-Leistung über 12 Monate

gleitende Summe (linke Skala), Zuwachsrate (rechte Skala) über 12 Monate
Daten: EIV-Cockpit April 2025 von Pronovo



Marktentwicklungen: Solar!!



Quelle: [Swissolar](#)

Neue Zürcher Zeitung

Der Bundesrat legt die Eckpunkte zur Umsetzung des Stromabkommens mit der EU vor

7

Marktentwicklungen: Liberalisierung

Bei der SP-Krachts wegen des EU-Deals

Schweiz - Europa Gewerkschaftsboss Pierre-Yves Maillard kritisiert das Stromabkommen. Parteikollege Eric Nussbaumer wirft ihm öffentlich «bösen Willen» und Inkompetenz vor.

Mischa Aebi

Diese Woche hat es Eric Nussbaumer den Deckel gelüpft. Der SP-Nationalrat und gestandene Energiepolitiker teilte auf X zünftig gegen Parteikollegen aus: «Es ist erschreckend, was am linken Rand der Sozialdemokratie erzählt wird. Es ist eine Kombination aus energiewirtschaftlichem Unwissen und dem bösen Willen, das europäische Projekt schlechterzureden.»

Nussbaumer gilt als «EU-Turbo». Er ist in der SP eine treibende Kraft für eine nähere Anbindung der Schweiz an die EU. Und er ist Präsident der Europäischen Bewegung Schweiz. Deren explizites Ziel ist der Beitritt der Schweiz zur EU. Nussbaumer war Parteikollege und Gewerkschaftsführer Pierre-Yves Maillard.

Der Waadtländer Ständerat, Europa-Skeptiker und Gewerkschafter mit Leib und Seele, hatte zuvor das vom Bundesrat mit der EU ausgehandelte Stromabkommen kritisiert. Der Gewerkschaftsboss nahm «ökologische Kreise», die das Stromabkommen unterstützen, in die Mangel. Die Kritik galt – ohne dass Maillard Namen nannte – unter anderem Parteigenosse Nussbaumer. Denn dieser ist als Pro-Europäer und Energiepolitiker einer der flammendsten Befürworter des Stromabkommens. Klar, dass sich Nussbaumer von Maillard provoziert fühlt.

Beide kämpfen unermüdet für ihre Sache

Mit dem Streit der beiden profilierten Sozialdemokraten öffnet sich in der Partei ein Graben in der EU-Frage, zumindest was das Stromabkommen angeht. Denn beide Protagonisten sind unermüdetliche Kämpfer für ihre Sache. Maillard für den kleinen Mann und die kleine Frau, Nussbaumer für die Umwelt und die europäische Idee. Und vor allem: Beide sind nicht Einzelkämpfer,



Gewerkschaftspräsident Maillard (links) und Energiepolitiker Nussbaumer haben das Heu nicht auf der gleichen Bühne. Fotos: Keystone, Raphael Moser

sie führen jeweils ein Lager in ihrer Partei an. Hinter Pierre-Yves Maillard stehen vor allem Nationalräte mit gewerkschaftlichem Hintergrund wie Benoit Galland, David Roth und die Energiepolitikerin Martine Docourt, aber auch Ex-TV-Moderator und Nationalrat Ueli Schmezer.

Zürich – für die Gewerkschaften das leuchtende Beispiel

Die Gewerkschaften verweisen auf das Beispiel von Stadt und Kanton Zürich, um zu zeigen, warum eine Liberalisierung des Strommarkts für Haushalte schlecht wäre. Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ) gilt als Vorbild. Es versorgt die Bevölkerung zu 100 Prozent mit inländischem, erneuerbarem Strom – mehrheitlich aus eigenen Bündner Wasserkraftwerken. Dieser Strom muss gesetzlich zum Selbstkostenpreis abgegeben werden. Das Resultat: 77 Rappen pro Kilowattstunde – rund 6 Rappen

weniger als der Schweizer Median. Zum Vergleich: In Gemeinden mit Versorgung durch die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) liegt der Strompreis bei 15,7 Rp./kWh. «Die EKZ können nur 31 Prozent ihres Stroms selbst erzeugen und müssen den Rest kaufen am Markt einkaufen», sagt Reto Wyss, Ökonom und Zentralsekretär beim Gewerkschaftsbund. Das Fazit der Gewerkschafter: «Nur mit einer starken einheimischen Produktion aus erneuerbaren Quellen liessen sich tiefe und vor allem stabile

Preise und Versorgungssicherheit garantieren – wie das Beispiel EWZ zeigt.» SP-Nationalrat Eric Nussbaumer findet – wenig überraschend – auch diese Argumentation völlig daneben: Für die EWZ-Kunden bleibe «alles gleich», sagt er. Das EWZ wird seine Kundinnen und Kunden weiterhin mit dem günstigen Strom aus dem eigenen Bündner Kraftwerken versorgen. Das stimmt: Privathaushalte können bei Annahme des Stromabkommens auch weiterhin beim Grundversorger

bleiben. Das bestätigt das EWZ: «Der Auftrag für das EWZ ändert sich nicht, der Bevölkerung der Stadt Zürich und in den Versorgungsgebieten Graubünden Strom zu liefern», sagt Sprecher Harry Graf.

Kritiker des Stromabkommens befürchten, dass das Angebot der öffentlichen Grundversorgung nach einer vollständigen Marktförderung schlechter werde, weil sie dann nur noch eine Option unter vielen sei und ihr nicht mehr die gleiche Bedeutung zukomme.

Nussbaumer provoziert, indem er das vorliegende Stromabkommen als «letzte Woche eine ökologische Katastrophe» nannte. Maillard hält den Befürwortern aus der eigenen Partei vor, dass sie mit der Unterstützung des vorliegenden Abkommens die Energiewende behindern. Indirekt macht er sie sogar dafür verantwortlich, dass im schlimmsten Fall wieder Strom aus Gas, Öl oder gar Kohle produziert werden müsste – weil die Stromversorger zu wenig in erneuerbare Energien investieren.

Maillard warnt vor ökologischer Katastrophe

Maillards Argumentation: Weil sich die Schweiz mit dem Stromabkommen verpflichtet, den Strommarkt auch für Privathaushalte zu liberalisieren, haben Schweizer Stromproduzenten keine Garantie mehr, dass sie ihren Strom verkaufen können. Deshalb seien sie nicht mehr bereit, genügend Geld in erneuerbare Energien wie Wasserkraftwerke zu investieren. Laut Maillard ist das nicht nur ökologisch eine Katastrophe, sondern sogar auch für grosse Preisschwankungen und erhöhte die Gefahr von Blackouts.

Mischa Aebi

Für Pierre-Yves Maillard, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, ist der Fall klar: Die Schweiz darf das Stromabkommen mit der EU unter keinen Umständen unterzeichnen. Denn längerfristig würde der Strom für die Haushalte teurer und die Gefahr von Blackouts nähme zu. Nun bringt er noch ein weiteres Argument ins Spiel – ein solches Stromabkommen würde auch ökologisch gesehen eine Katastrophe, sagt Maillard. Das ist ein Frontalangriff auf ökologische gesinnete Kreise. Denn diese Woche hat die Fraktion der Grünen im Bundeshaus entschieden, das EU-Stromabkommen zu unterstützen. «Ich hoffe, dass die Grünen den Entscheid nochmals überdenken», sagt Maillard.

Der Grund, warum der Gewerkschaftsboss so früh und so klar gegen das Stromabkommen Position bezog: Die Schweiz würde sich mit der Unterzeichnung verpflichten, den Strommarkt vollständig zu liberalisieren. Das bedeutet, auch Privathaushalte könnten dann selber wählen, ob sie den Strom bei der

Maillard Argumentation ist «schlichtweg falsch und irreführend», Nussbaumer hält das vorliegende Abkommen für «eine einmalige Chance». Seit 15 Jahren ringe die Schweiz mit der EU um ein stabiles Stromabkommen, schon die ehemalige Energieministerin Doris Leuthard habe es versucht und sei gescheitert. Nun sei es endlich gelungen.

Der Grund, warum der Gewerkschaftsboss so früh und so klar gegen das Stromabkommen Position bezog: Die Schweiz würde sich mit der Unterzeichnung verpflichten, den Strommarkt vollständig zu liberalisieren. Das bedeutet, auch Privathaushalte könnten dann selber wählen, ob sie den Strom bei der

Maillard Argumentation ist «schlichtweg falsch und irreführend», Nussbaumer hält das vorliegende Abkommen für «eine einmalige Chance». Seit 15 Jahren ringe die Schweiz mit der EU um ein stabiles Stromabkommen, schon die ehemalige Energieministerin Doris Leuthard habe es versucht und sei gescheitert. Nun sei es endlich gelungen.

Aspo, bei einem Zürcher oder einem Berner oder gar einem hier registrierten ausländischen Stromanbieter beziehen.

«Es ist gerade umgekehrt»

Maillard sieht darin nur Nachteile: «Wenn stromintensive Stromproduzenten langfristig nicht mehr wissen, wen sie den Strom verkaufen können und zu welchem Preis, dann werden sie auch nicht mehr in neue Anlagen investieren.» Dabei sei es doch dringender notwendig, dass neue Wasserkraftwerke, Windturbinen und Solaranlagen gebaut würden.

Das dilettante Szenario des Gewerkschaftsbosses in einem vollständig liberalisierten Markt droht ein struktureller Strommangel. Denn aus Sicht der Produzenten lohnt es sich, nur so viel Strom zu liefern, dass die Preise hoch bleiben, «es wird dann gerade so viel produziert, dass der Profit stimmt – und nicht mehr so viel, dass die Versorgung gesichert ist», so der Gewerkschaftsboss. Als Folge werde zu wenig in neue Anlagen investiert, besonders in erneuerbare Energien. «Am Ende müsste wir im Notfall wieder auf Gas, Erdöl

oder sogar Kohle zurückgreifen», sagt Maillard. «Wer die volle Stromliberalisierung annimmt, behindert den Kampf gegen den Klimawandel.» Und an die Adresse der Grünen sagt er: «Die Fülle wäre ein Stromabkommen gemäss Trede wichtig, das sehen Stromkonzerne und die Stromintensivsten. Inzwischen ist klar: Maillard ist mit seiner Kritik am Stromabkommen bei weitem nicht allein in der Partei. Auch Neo-SP-Nationalrat Ueli Schmezer zeigt sich skeptisch – sich für das Stromabkommen problematisch», sagt er. Liberalisierung eine zwar gute, bringe aber Risiken

Aspo, bei einem Zürcher oder einem Berner oder gar einem hier registrierten ausländischen Stromanbieter beziehen.

«Es ist gerade umgekehrt»

Maillard sieht darin nur Nachteile: «Wenn stromintensive Stromproduzenten langfristig nicht mehr wissen, wen sie den Strom verkaufen können und zu welchem Preis, dann werden sie auch nicht mehr in neue Anlagen investieren.» Dabei sei es doch dringender notwendig, dass neue Wasserkraftwerke, Windturbinen und Solaranlagen gebaut würden.

Das dilettante Szenario des Gewerkschaftsbosses in einem vollständig liberalisierten Markt droht ein struktureller Strommangel. Denn aus Sicht der Produzenten lohnt es sich, nur so viel Strom zu liefern, dass die Preise hoch bleiben, «es wird dann gerade so viel produziert, dass der Profit stimmt – und nicht mehr so viel, dass die Versorgung gesichert ist», so der Gewerkschaftsboss. Als Folge werde zu wenig in neue Anlagen investiert, besonders in erneuerbare Energien. «Am Ende müsste wir im Notfall wieder auf Gas, Erdöl

oder sogar Kohle zurückgreifen», sagt Maillard. «Wer die volle Stromliberalisierung annimmt, behindert den Kampf gegen den Klimawandel.» Und an die Adresse der Grünen sagt er: «Die Fülle wäre ein Stromabkommen gemäss Trede wichtig, das sehen Stromkonzerne und die Stromintensivsten. Inzwischen ist klar: Maillard ist mit seiner Kritik am Stromabkommen bei weitem nicht allein in der Partei. Auch Neo-SP-Nationalrat Ueli Schmezer zeigt sich skeptisch – sich für das Stromabkommen problematisch», sagt er. Liberalisierung eine zwar gute, bringe aber Risiken

Aspo, bei einem Zürcher oder einem Berner oder gar einem hier registrierten ausländischen Stromanbieter beziehen.

«Es ist gerade umgekehrt»

Maillard sieht darin nur Nachteile: «Wenn stromintensive Stromproduzenten langfristig nicht mehr wissen, wen sie den Strom verkaufen können und zu welchem Preis, dann werden sie auch nicht mehr in neue Anlagen investieren.» Dabei sei es doch dringender notwendig, dass neue Wasserkraftwerke, Windturbinen und Solaranlagen gebaut würden.

Das dilettante Szenario des Gewerkschaftsbosses in einem vollständig liberalisierten Markt droht ein struktureller Strommangel. Denn aus Sicht der Produzenten lohnt es sich, nur so viel Strom zu liefern, dass die Preise hoch bleiben, «es wird dann gerade so viel produziert, dass der Profit stimmt – und nicht mehr so viel, dass die Versorgung gesichert ist», so der Gewerkschaftsboss. Als Folge werde zu wenig in neue Anlagen investiert, besonders in erneuerbare Energien. «Am Ende müsste wir im Notfall wieder auf Gas, Erdöl

oder sogar Kohle zurückgreifen», sagt Maillard. «Wer die volle Stromliberalisierung annimmt, behindert den Kampf gegen den Klimawandel.» Und an die Adresse der Grünen sagt er: «Die Fülle wäre ein Stromabkommen gemäss Trede wichtig, das sehen Stromkonzerne und die Stromintensivsten. Inzwischen ist klar: Maillard ist mit seiner Kritik am Stromabkommen bei weitem nicht allein in der Partei. Auch Neo-SP-Nationalrat Ueli Schmezer zeigt sich skeptisch – sich für das Stromabkommen problematisch», sagt er. Liberalisierung eine zwar gute, bringe aber Risiken

Aspo, bei einem Zürcher oder einem Berner oder gar einem hier registrierten ausländischen Stromanbieter beziehen.

«Es ist gerade umgekehrt»

Maillard sieht darin nur Nachteile: «Wenn stromintensive Stromproduzenten langfristig nicht mehr wissen, wen sie den Strom verkaufen können und zu welchem Preis, dann werden sie auch nicht mehr in neue Anlagen investieren.» Dabei sei es doch dringender notwendig, dass neue Wasserkraftwerke, Windturbinen und Solaranlagen gebaut würden.

Das dilettante Szenario des Gewerkschaftsbosses in einem vollständig liberalisierten Markt droht ein struktureller Strommangel. Denn aus Sicht der Produzenten lohnt es sich, nur so viel Strom zu liefern, dass die Preise hoch bleiben, «es wird dann gerade so viel produziert, dass der Profit stimmt – und nicht mehr so viel, dass die Versorgung gesichert ist», so der Gewerkschaftsboss. Als Folge werde zu wenig in neue Anlagen investiert, besonders in erneuerbare Energien. «Am Ende müsste wir im Notfall wieder auf Gas, Erdöl

oder sogar Kohle zurückgreifen», sagt Maillard. «Wer die volle Stromliberalisierung annimmt, behindert den Kampf gegen den Klimawandel.» Und an die Adresse der Grünen sagt er: «Die Fülle wäre ein Stromabkommen gemäss Trede wichtig, das sehen Stromkonzerne und die Stromintensivsten. Inzwischen ist klar: Maillard ist mit seiner Kritik am Stromabkommen bei weitem nicht allein in der Partei. Auch Neo-SP-Nationalrat Ueli Schmezer zeigt sich skeptisch – sich für das Stromabkommen problematisch», sagt er. Liberalisierung eine zwar gute, bringe aber Risiken

Aspo, bei einem Zürcher oder einem Berner oder gar einem hier registrierten ausländischen Stromanbieter beziehen.

«Es ist gerade umgekehrt»

Maillard sieht darin nur Nachteile: «Wenn stromintensive Stromproduzenten langfristig nicht mehr wissen, wen sie den Strom verkaufen können und zu welchem Preis, dann werden sie auch nicht mehr in neue Anlagen investieren.» Dabei sei es doch dringender notwendig, dass neue Wasserkraftwerke, Windturbinen und Solaranlagen gebaut würden.

Das dilettante Szenario des Gewerkschaftsbosses in einem vollständig liberalisierten Markt droht ein struktureller Strommangel. Denn aus Sicht der Produzenten lohnt es sich, nur so viel Strom zu liefern, dass die Preise hoch bleiben, «es wird dann gerade so viel produziert, dass der Profit stimmt – und nicht mehr so viel, dass die Versorgung gesichert ist», so der Gewerkschaftsboss. Als Folge werde zu wenig in neue Anlagen investiert, besonders in erneuerbare Energien. «Am Ende müsste wir im Notfall wieder auf Gas, Erdöl

oder sogar Kohle zurückgreifen», sagt Maillard. «Wer die volle Stromliberalisierung annimmt, behindert den Kampf gegen den Klimawandel.» Und an die Adresse der Grünen sagt er: «Die Fülle wäre ein Stromabkommen gemäss Trede wichtig, das sehen Stromkonzerne und die Stromintensivsten. Inzwischen ist klar: Maillard ist mit seiner Kritik am Stromabkommen bei weitem nicht allein in der Partei. Auch Neo-SP-Nationalrat Ueli Schmezer zeigt sich skeptisch – sich für das Stromabkommen problematisch», sagt er. Liberalisierung eine zwar gute, bringe aber Risiken

Aspo, bei einem Zürcher oder einem Berner oder gar einem hier registrierten ausländischen Stromanbieter beziehen.

«Es ist gerade umgekehrt»

Maillard sieht darin nur Nachteile: «Wenn stromintensive Stromproduzenten langfristig nicht mehr wissen, wen sie den Strom verkaufen können und zu welchem Preis, dann werden sie auch nicht mehr in neue Anlagen investieren.» Dabei sei es doch dringender notwendig, dass neue Wasserkraftwerke, Windturbinen und Solaranlagen gebaut würden.

Das dilettante Szenario des Gewerkschaftsbosses in einem vollständig liberalisierten Markt droht ein struktureller Strommangel. Denn aus Sicht der Produzenten lohnt es sich, nur so viel Strom zu liefern, dass die Preise hoch bleiben, «es wird dann gerade so viel produziert, dass der Profit stimmt – und nicht mehr so viel, dass die Versorgung gesichert ist», so der Gewerkschaftsboss. Als Folge werde zu wenig in neue Anlagen investiert, besonders in erneuerbare Energien. «Am Ende müsste wir im Notfall wieder auf Gas, Erdöl

oder sogar Kohle zurückgreifen», sagt Maillard. «Wer die volle Stromliberalisierung annimmt, behindert den Kampf gegen den Klimawandel.» Und an die Adresse der Grünen sagt er: «Die Fülle wäre ein Stromabkommen gemäss Trede wichtig, das sehen Stromkonzerne und die Stromintensivsten. Inzwischen ist klar: Maillard ist mit seiner Kritik am Stromabkommen bei weitem nicht allein in der Partei. Auch Neo-SP-Nationalrat Ueli Schmezer zeigt sich skeptisch – sich für das Stromabkommen problematisch», sagt er. Liberalisierung eine zwar gute, bringe aber Risiken

Aspo, bei einem Zürcher oder einem Berner oder gar einem hier registrierten ausländischen Stromanbieter beziehen.

«Es ist gerade umgekehrt»

Maillard sieht darin nur Nachteile: «Wenn stromintensive Stromproduzenten langfristig nicht mehr wissen, wen sie den Strom verkaufen können und zu welchem Preis, dann werden sie auch nicht mehr in neue Anlagen investieren.» Dabei sei es doch dringender notwendig, dass neue Wasserkraftwerke, Windturbinen und Solaranlagen gebaut würden.

Das dilettante Szenario des Gewerkschaftsbosses in einem vollständig liberalisierten Markt droht ein struktureller Strommangel. Denn aus Sicht der Produzenten lohnt es sich, nur so viel Strom zu liefern, dass die Preise hoch bleiben, «es wird dann gerade so viel produziert, dass der Profit stimmt – und nicht mehr so viel, dass die Versorgung gesichert ist», so der Gewerkschaftsboss. Als Folge werde zu wenig in neue Anlagen investiert, besonders in erneuerbare Energien. «Am Ende müsste wir im Notfall wieder auf Gas, Erdöl

oder sogar Kohle zurückgreifen», sagt Maillard. «Wer die volle Stromliberalisierung annimmt, behindert den Kampf gegen den Klimawandel.» Und an die Adresse der Grünen sagt er: «Die Fülle wäre ein Stromabkommen gemäss Trede wichtig, das sehen Stromkonzerne und die Stromintensivsten. Inzwischen ist klar: Maillard ist mit seiner Kritik am Stromabkommen bei weitem nicht allein in der Partei. Auch Neo-SP-Nationalrat Ueli Schmezer zeigt sich skeptisch – sich für das Stromabkommen problematisch», sagt er. Liberalisierung eine zwar gute, bringe aber Risiken

Aspo, bei einem Zürcher oder einem Berner oder gar einem hier registrierten ausländischen Stromanbieter beziehen.

«Es ist gerade umgekehrt»

Maillard sieht darin nur Nachteile: «Wenn stromintensive Stromproduzenten langfristig nicht mehr wissen, wen sie den Strom verkaufen können und zu welchem Preis, dann werden sie auch nicht mehr in neue Anlagen investieren.» Dabei sei es doch dringender notwendig, dass neue Wasserkraftwerke, Windturbinen und Solaranlagen gebaut würden.

Das dilettante Szenario des Gewerkschaftsbosses in einem vollständig liberalisierten Markt droht ein struktureller Strommangel. Denn aus Sicht der Produzenten lohnt es sich, nur so viel Strom zu liefern, dass die Preise hoch bleiben, «es wird dann gerade so viel produziert, dass der Profit stimmt – und nicht mehr so viel, dass die Versorgung gesichert ist», so der Gewerkschaftsboss. Als Folge werde zu wenig in neue Anlagen investiert, besonders in erneuerbare Energien. «Am Ende müsste wir im Notfall wieder auf Gas, Erdöl

oder sogar Kohle zurückgreifen», sagt Maillard. «Wer die volle Stromliberalisierung annimmt, behindert den Kampf gegen den Klimawandel.» Und an die Adresse der Grünen sagt er: «Die Fülle wäre ein Stromabkommen gemäss Trede wichtig, das sehen Stromkonzerne und die Stromintensivsten. Inzwischen ist klar: Maillard ist mit seiner Kritik am Stromabkommen bei weitem nicht allein in der Partei. Auch Neo-SP-Nationalrat Ueli Schmezer zeigt sich skeptisch – sich für das Stromabkommen problematisch», sagt er. Liberalisierung eine zwar gute, bringe aber Risiken

Aspo, bei einem Zürcher oder einem Berner oder gar einem hier registrierten ausländischen Stromanbieter beziehen.

«Es ist gerade umgekehrt»

Maillard sieht darin nur Nachteile: «Wenn stromintensive Stromproduzenten langfristig nicht mehr wissen, wen sie den Strom verkaufen können und zu welchem Preis, dann werden sie auch nicht mehr in neue Anlagen investieren.» Dabei sei es doch dringender notwendig, dass neue Wasserkraftwerke, Windturbinen und Solaranlagen gebaut würden.

Das dilettante Szenario des Gewerkschaftsbosses in einem vollständig liberalisierten Markt droht ein struktureller Strommangel. Denn aus Sicht der Produzenten lohnt es sich, nur so viel Strom zu liefern, dass die Preise hoch bleiben, «es wird dann gerade so viel produziert, dass der Profit stimmt – und nicht mehr so viel, dass die Versorgung gesichert ist», so der Gewerkschaftsboss. Als Folge werde zu wenig in neue Anlagen investiert, besonders in erneuerbare Energien. «Am Ende müsste wir im Notfall wieder auf Gas, Erdöl

oder sogar Kohle zurückgreifen», sagt Maillard. «Wer die volle Stromliberalisierung annimmt, behindert den Kampf gegen den Klimawandel.» Und an die Adresse der Grünen sagt er: «Die Fülle wäre ein Stromabkommen gemäss Trede wichtig, das sehen Stromkonzerne und die Stromintensivsten. Inzwischen ist klar: Maillard ist mit seiner Kritik am Stromabkommen bei weitem nicht allein in der Partei. Auch Neo-SP-Nationalrat Ueli Schmezer zeigt sich skeptisch – sich für das Stromabkommen problematisch», sagt er. Liberalisierung eine zwar gute, bringe aber Risiken

Aspo, bei einem Zürcher oder einem Berner oder gar einem hier registrierten ausländischen Stromanbieter beziehen.

«Es ist gerade umgekehrt»

Maillard sieht darin nur Nachteile: «Wenn stromintensive Stromproduzenten langfristig nicht mehr wissen, wen sie den Strom verkaufen können und zu welchem Preis, dann werden sie auch nicht mehr in neue Anlagen investieren.» Dabei sei es doch dringender notwendig, dass neue Wasserkraftwerke, Windturbinen und Solaranlagen gebaut würden.

Das dilettante Szenario des Gewerkschaftsbosses in einem vollständig liberalisierten Markt droht ein struktureller Strommangel. Denn aus Sicht der Produzenten lohnt es sich, nur so viel Strom zu liefern, dass die Preise hoch bleiben, «es wird dann gerade so viel produziert, dass der Profit stimmt – und nicht mehr so viel, dass die Versorgung gesichert ist», so der Gewerkschaftsboss. Als Folge werde zu wenig in neue Anlagen investiert, besonders in erneuerbare Energien. «Am Ende müsste wir im Notfall wieder auf Gas, Erdöl

oder sogar Kohle zurückgreifen», sagt Maillard. «Wer die volle Stromliberalisierung annimmt, behindert den Kampf gegen den Klimawandel.» Und an die Adresse der Grünen sagt er: «Die Fülle wäre ein Stromabkommen gemäss Trede wichtig, das sehen Stromkonzerne und die Stromintensivsten. Inzwischen ist klar: Maillard ist mit seiner Kritik am Stromabkommen bei weitem nicht allein in der Partei. Auch Neo-SP-Nationalrat Ueli Schmezer zeigt sich skeptisch – sich für das Stromabkommen problematisch», sagt er. Liberalisierung eine zwar gute, bringe aber Risiken

Aspo, bei einem Zürcher oder einem Berner oder gar einem hier registrierten ausländischen Stromanbieter beziehen.

«Es ist gerade umgekehrt»

Maillard sieht darin nur Nachteile: «Wenn stromintensive Stromproduzenten langfristig nicht mehr wissen, wen sie den Strom verkaufen können und zu welchem Preis, dann werden sie auch nicht mehr in neue Anlagen investieren.» Dabei sei es doch dringender notwendig, dass neue Wasserkraftwerke, Windturbinen und Solaranlagen gebaut würden.

Das dilettante Szenario des Gewerkschaftsbosses in einem vollständig liberalisierten Markt droht ein struktureller Strommangel. Denn aus Sicht der Produzenten lohnt es sich, nur so viel Strom zu liefern, dass die Preise hoch bleiben, «es wird dann gerade so viel produziert, dass der Profit stimmt – und nicht mehr so viel, dass die Versorgung gesichert ist», so der Gewerkschaftsboss. Als Folge werde zu wenig in neue Anlagen investiert, besonders in erneuerbare Energien. «Am Ende müsste wir im Notfall wieder auf Gas, Erdöl

oder sogar Kohle zurückgreifen», sagt Maillard. «Wer die volle Stromliberalisierung annimmt, behindert den Kampf gegen den Klimawandel.» Und an die Adresse der Grünen sagt er: «Die Fülle wäre ein Stromabkommen gemäss Trede wichtig, das sehen Stromkonzerne und die Stromintensivsten. Inzwischen ist klar: Maillard ist mit seiner Kritik am Stromabkommen bei weitem nicht allein in der Partei. Auch Neo-SP-Nationalrat Ueli Schmezer zeigt sich skeptisch – sich für das Stromabkommen problematisch», sagt er. Liberalisierung eine zwar gute, bringe aber Risiken

Aspo, bei einem Zürcher oder einem Berner oder gar einem hier registrierten ausländischen Stromanbieter beziehen.

«Es ist gerade umgekehrt»

Maillard sieht darin nur Nachteile: «Wenn stromintensive Stromproduzenten langfristig nicht mehr wissen, wen sie den Strom verkaufen können und zu welchem Preis, dann werden sie auch nicht mehr in neue Anlagen investieren.» Dabei sei es doch dringender notwendig, dass neue Wasserkraftwerke, Windturbinen und Solaranlagen gebaut würden.

Das dilettante Szenario des Gewerkschaftsbosses in einem vollständig liberalisierten Markt droht ein struktureller Strommangel. Denn aus Sicht der Produzenten lohnt es sich, nur so viel Strom zu liefern, dass die Preise hoch bleiben, «es wird dann gerade so viel produziert, dass der Profit stimmt – und nicht mehr so viel, dass die Versorgung gesichert ist», so der Gewerkschaftsboss. Als Folge werde zu wenig in neue Anlagen investiert, besonders in erneuerbare Energien. «Am Ende müsste wir im Notfall wieder auf Gas, Erdöl

oder sogar Kohle zurückgreifen», sagt Maillard. «Wer die volle Stromliberalisierung annimmt, behindert den Kampf gegen den Klimawandel.» Und an die Adresse der Grünen sagt er: «Die Fülle wäre ein Stromabkommen gemäss Trede wichtig, das sehen Stromkonzerne und die Stromintensivsten. Inzwischen ist klar: Maillard ist mit seiner Kritik am Stromabkommen bei weitem nicht allein in der Partei. Auch Neo-SP-Nationalrat Ueli Schmezer zeigt sich skeptisch – sich für das Stromabkommen problematisch», sagt er. Liberalisierung eine zwar gute, bringe aber Risiken

Aspo, bei einem Zürcher oder einem Berner oder gar einem hier registrierten ausländischen Stromanbieter beziehen.

«Es ist gerade umgekehrt»

Maillard sieht darin nur Nachteile: «Wenn stromintensive Stromproduzenten langfristig nicht mehr wissen, wen sie den Strom verkaufen können und zu welchem Preis, dann werden sie auch nicht mehr in neue Anlagen investieren.» Dabei sei es doch dringender notwendig, dass neue Wasserkraftwerke, Windturbinen und Solaranlagen gebaut würden.

Das dilettante Szenario des Gewerkschaftsbosses in einem vollständig liberalisierten Markt droht ein struktureller Strommangel. Denn aus Sicht der Produzenten lohnt es sich, nur so viel Strom zu liefern, dass die Preise hoch bleiben, «es wird dann gerade so viel produziert, dass der Profit stimmt – und nicht mehr so viel, dass die Versorgung gesichert ist», so der Gewerkschaftsboss. Als Folge werde zu wenig in neue Anlagen investiert, besonders in erneuerbare Energien. «Am Ende müsste wir im Notfall wieder auf Gas, Erdöl

oder sogar Kohle zurückgreifen», sagt Maillard. «Wer die volle Stromliberalisierung annimmt, behindert den Kampf gegen den Klimawandel.» Und an die Adresse der Grünen sagt er: «Die Fülle wäre ein Stromabkommen gemäss Trede wichtig, das sehen Stromkonzerne und die Stromintensivsten. Inzwischen ist klar: Maillard ist mit seiner Kritik am Stromabkommen bei weitem nicht allein in der Partei. Auch Neo-SP-Nationalrat Ueli Schmezer zeigt sich skeptisch – sich für das Stromabkommen problematisch», sagt er. Liberalisierung eine zwar gute, bringe aber Risiken

Aspo, bei einem Zürcher oder einem Berner oder gar einem hier registrierten ausländischen Stromanbieter beziehen.

«Es ist gerade umgekehrt»

Maillard sieht darin nur Nachteile: «Wenn stromintensive Stromproduzenten langfristig nicht mehr wissen, wen sie den Strom verkaufen können und zu welchem Preis, dann werden sie auch nicht mehr in neue Anlagen investieren.» Dabei sei es doch dringender notwendig, dass neue Wasserkraftwerke, Windturbinen und Solaranlagen gebaut würden.

Das dilettante Szenario des Gewerkschaftsbosses in einem vollständig liberalisierten Markt droht ein struktureller Strommangel. Denn aus Sicht der Produzenten lohnt es sich, nur so viel Strom zu liefern, dass die Preise hoch bleiben, «es wird dann gerade so viel produziert, dass der Profit stimmt – und nicht mehr so viel, dass die Versorgung gesichert ist», so der Gewerkschaftsboss. Als Folge werde zu wenig in neue Anlagen investiert, besonders in erneuerbare Energien. «Am Ende müsste wir im Notfall wieder auf Gas, Erdöl

oder sogar Kohle zurückgreifen», sagt Maillard. «Wer die volle Stromliberalisierung annimmt, behindert den Kampf gegen den Klimawandel.» Und an die Adresse der Grünen sagt er: «Die Fülle wäre ein Stromabkommen gemäss Trede wichtig, das sehen Stromkonzerne und die Stromintensivsten. Inzwischen ist klar: Maillard ist mit seiner Kritik am Stromabkommen bei weitem nicht allein in der Partei. Auch Neo-SP-Nationalrat Ueli Schmezer zeigt sich skeptisch – sich für das Stromabkommen problematisch», sagt er. Liberalisierung eine zwar gute, bringe aber Risiken

Aspo, bei einem Zürcher oder einem Berner oder gar einem hier registrierten ausländischen Stromanbieter beziehen.

«Es ist gerade umgekehrt»

Maillard sieht darin nur Nachteile: «Wenn stromintensive Stromproduzenten langfristig nicht mehr wissen, wen sie den Strom verkaufen können und zu welchem Preis, dann werden sie auch nicht mehr in neue Anlagen investieren.» Dabei sei es doch dringender notwendig, dass neue Wasserkraftwerke, Windturbinen und Solaranlagen gebaut würden.

Das dilettante Szenario des Gewerkschaftsbosses in einem vollständig liberalisierten Markt droht ein struktureller Strommangel. Denn aus Sicht der Produzenten lohnt es sich, nur so viel Strom zu liefern, dass die Preise hoch bleiben, «es wird dann gerade so viel produziert, dass der Profit stimmt – und nicht mehr so viel, dass die Versorgung gesichert ist», so der Gewerkschaftsboss. Als Folge werde zu wenig in neue Anlagen investiert, besonders in erneuerbare Energien. «Am Ende müsste wir im Notfall wieder auf Gas, Erdöl

oder sogar Kohle zurückgreifen», sagt Maillard. «Wer die volle Stromliberalisierung annimmt, behindert den Kampf gegen den Klimawandel.» Und an die Adresse der Grünen sagt er: «Die Fülle wäre ein Stromabkommen gemäss Trede wichtig, das sehen Stromkonzerne und die Stromintensivsten. Inzwischen ist klar: Maillard ist mit seiner Kritik am Stromabkommen bei weitem nicht allein in der Partei. Auch Neo-SP-Nationalrat Ueli Schmezer zeigt sich skeptisch – sich für das Stromabkommen problematisch», sagt er. Liberalisierung eine zwar gute, bringe aber Risiken

Aspo, bei einem Zürcher oder einem Berner oder gar einem hier registrierten ausländischen Stromanbieter beziehen.

«Es ist gerade umgekehrt»

Maillard sieht darin nur Nachteile: «Wenn stromintensive Stromproduzenten langfristig nicht mehr wissen, wen sie den Strom verkaufen können und zu welchem Preis, dann werden sie auch nicht mehr in neue Anlagen investieren.» Dabei sei es doch dringender notwendig, dass neue Wasserkraftwerke, Windturbinen und Solaranlagen gebaut würden.

Das dilettante Szenario des Gewerkschaftsbosses in einem vollständig liberalisierten Markt droht ein struktureller Strommangel. Denn aus Sicht der Produzenten lohnt es sich, nur so viel Strom zu liefern, dass die Preise hoch bleiben, «es wird dann gerade so viel produziert, dass der Profit stimmt – und nicht mehr so viel, dass die Versorgung gesichert ist», so der Gewerkschaftsboss. Als Folge werde zu wenig in neue Anlagen investiert, besonders in erneuerbare Energien. «Am Ende müsste wir im Notfall wieder auf Gas, Erdöl

oder sogar Kohle zurückgreifen», sagt Maillard. «Wer die volle Stromliberalisierung annimmt, behindert den Kampf gegen den Klimawandel.» Und an die Adresse der Grünen sagt er: «Die Fülle wäre ein Stromabkommen gemäss Trede wichtig, das sehen Stromkonzerne und die Stromintensivsten. Inzwischen ist klar: Maillard ist mit seiner Kritik am Stromabkommen bei weitem nicht allein in der Partei. Auch Neo-SP-Nationalrat Ueli Schmezer zeigt sich skeptisch – sich für das Stromabkommen problematisch», sagt er. Liberalisierung eine zwar gute, bringe aber Risiken

Aspo, bei einem Zürcher oder einem Berner oder gar einem hier registrierten ausländischen Stromanbieter beziehen.

«Es ist gerade umgekehrt»

Maillard sieht darin nur Nachteile: «Wenn stromintensive Stromproduzenten langfristig nicht mehr wissen, wen sie den Strom verkaufen können und zu welchem Preis, dann werden sie auch nicht mehr in neue Anlagen investieren.» Dabei sei es doch dringender notwendig, dass neue Wasserkraftwerke, Windturbinen und Solaranlagen gebaut würden.

Das dilettante Szenario des Gewerkschaftsbosses in einem vollständig liberalisierten Markt droht ein struktureller Strommangel. Denn aus Sicht der Produzenten lohnt es sich, nur so viel Strom zu liefern, dass die Preise hoch bleiben, «es wird dann gerade so viel produziert, dass der Profit stimmt – und nicht mehr so viel, dass die Versorgung gesichert ist», so der Gewerkschaftsboss. Als Folge werde zu wenig in neue Anlagen investiert, besonders in erneuerbare Energien. «Am Ende müsste wir im Notfall wieder auf Gas, Erdöl

oder sogar Kohle zurückgreifen», sagt Maillard. «Wer die volle Stromliberalisierung annimmt, behindert den Kampf gegen den Klimawandel.» Und an die Adresse der Grünen sagt er: «Die Fülle wäre ein Stromabkommen gemäss Trede wichtig, das sehen Stromkonzerne und die Stromintensivsten. Inzwischen ist klar: Maillard ist mit seiner Kritik am Stromabkommen bei weitem nicht allein in der Partei. Auch Neo-SP-Nationalrat Ueli Schmezer zeigt sich skeptisch – sich für das Stromabkommen problematisch», sagt er. Liberalisierung eine zwar gute, bringe aber Risiken

Aspo, bei einem Zürcher oder einem Berner oder gar einem hier registrierten ausländischen Stromanbieter beziehen.

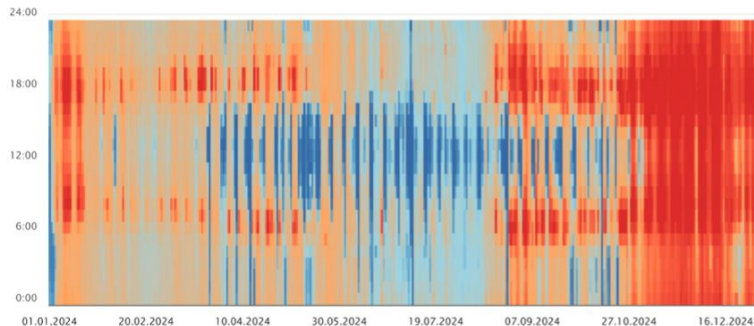
«Es ist gerade umgekehrt»

Maillard sieht darin nur Nachteile: «Wenn stromintensive Stromproduzenten langfristig nicht mehr wissen, wen sie den Strom verkaufen können und zu welchem Preis, dann werden sie auch nicht mehr in neue Anlagen investieren.» Dabei sei es doch dringender notwendig, dass neue Wasserkraftwerke, Windturbinen und Solaranlagen gebaut würden.

Das dilettante Szenario des Gewerkschaftsbosses in einem vollständig liberalisierten Markt droht ein struktureller Strommangel. Denn aus Sicht der Produzenten lohnt es sich, nur so viel Strom zu liefern, dass die Preise hoch bleiben, «es wird dann gerade so viel produziert, dass der Profit stimmt – und nicht mehr

Marktentwicklungen: Herausforderungen

Neue Realitäten am Strommarkt

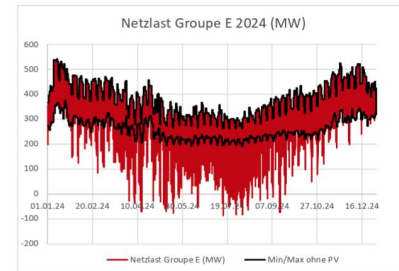


SPOT Markt 2024, Day
Ahead-Auktion Schweiz



PV-überschuss wird zum «Game-Changer»

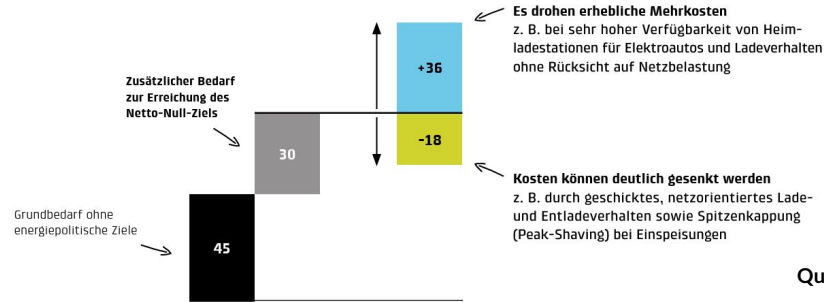
- In den kommenden Jahren wird sich die Anzahl Stunden mit PV-überschuss und negativen Spotpreisen erhöhen.
- Konstant positive Einspeisevergütungspreise bei negativen Marktpreisen, sind volkswirtschaftlich teuer.



	2022	2023	2024	est. 2025
Nominale Leistung PV im Netz Groupe E (MW)	286	394	493	590?
Minimale Stundenlast auf dem Netz Groupe E (MW)	28	-31	-86	-120?
Stunden mit negativen Preisen am CH-Markt (h)	1	76	292	400?
Stunden mit "negativer" Netzlast bei Groupe E (h)	0	3	124	220?
PV-überschuss Netz Groupe E * Marktpreis (CHF/Jahr)	0	600	140'000	400'000?

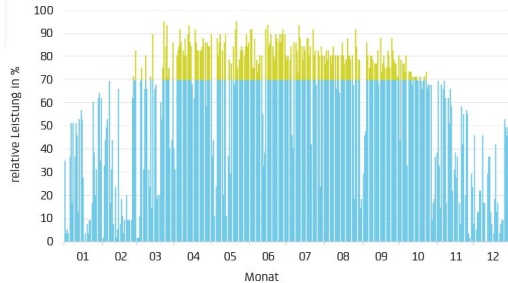
Quelle: [GroupE](#) (Elcom-Anlass, 12/2024)

Marktentwicklungen: Pragmatisch, Dynamisch



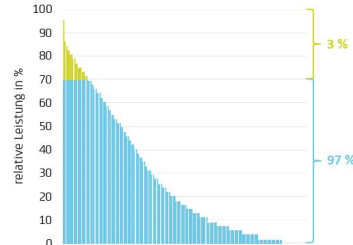
Der Investitionsbedarf in die Verteilnetze (in Milliarden CHF) lässt sich durch ein «smartes Netz»²⁶ massiv reduzieren. (Quelle: Verteilnetzstudie BFE, 2022)

Relative Jahresproduktion einer PV-Anlage
(am Beispiel einer realen PV-Anlage mit 65.5 kW_p)



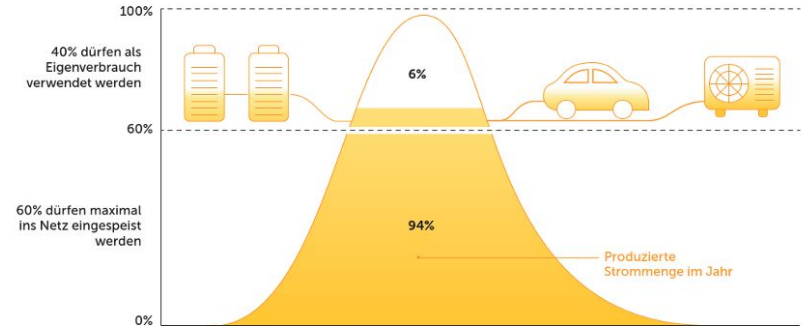
Wenn Besitzerinnen von Photovoltaik-Anlagen auf eine Netzeinspeisung von maximal 3 % ihrer Jahresproduktion verzichten, erspart das allen Netzkunden 30 % der Ausbaukosten. (Quelle: Verteilnetzstudie BFE, 2022, sowie Berechnungen der BKW, 2023)

Relativer Anteil Stromproduktion



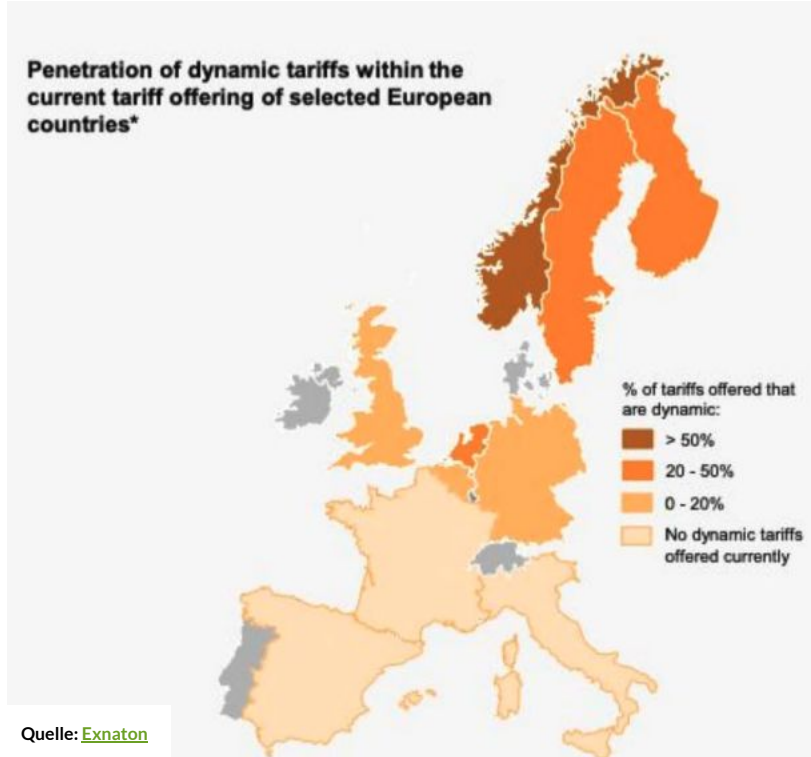
Quelle: [BKW](#)

TOP-40 – Einfach erklärt



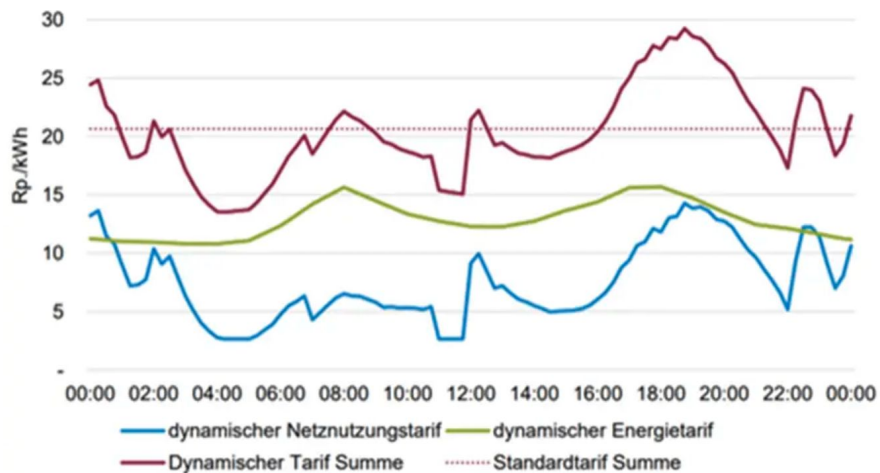
Die Grafik zeigt die maximale Leistung einer Photovoltaikanlage im Vergleich zur produzierten Strommenge im Jahr. Mit TOP-40 dürfen höchstens 60 Prozent der maximalen Leistung, die eine Photovoltaikanlage produzieren kann, ins Netz eingespeist werden. Der Rest – also die TOP-40 – steht weiterhin zum Eigenverbrauch zur Verfügung. Dafür profitieren Sie von einer 8 Prozent höheren Einspeisevergütung.

Marktentwicklungen: Dynamisch! EKZ!



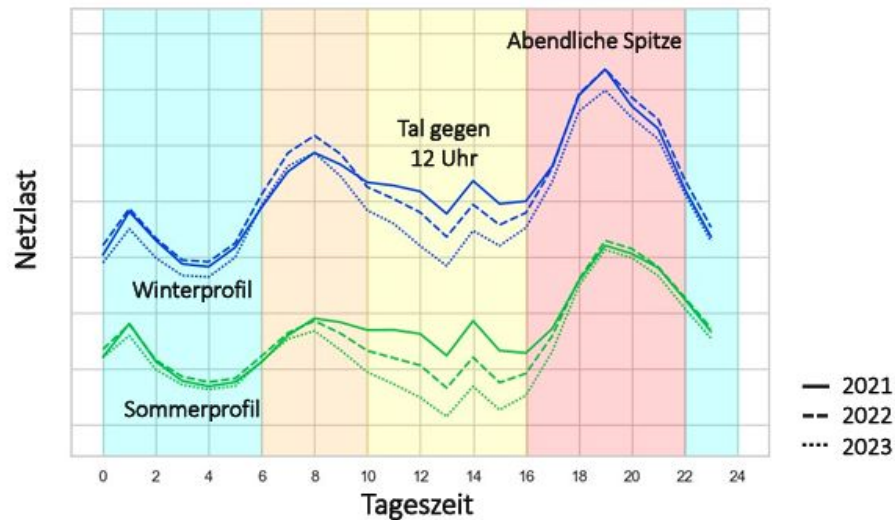
Marktentwicklungen: Dynamische Tarife, EKZ

Erste Darstellung der Dynamischen Netz- & Energietarife der EKZ (06/2025)...



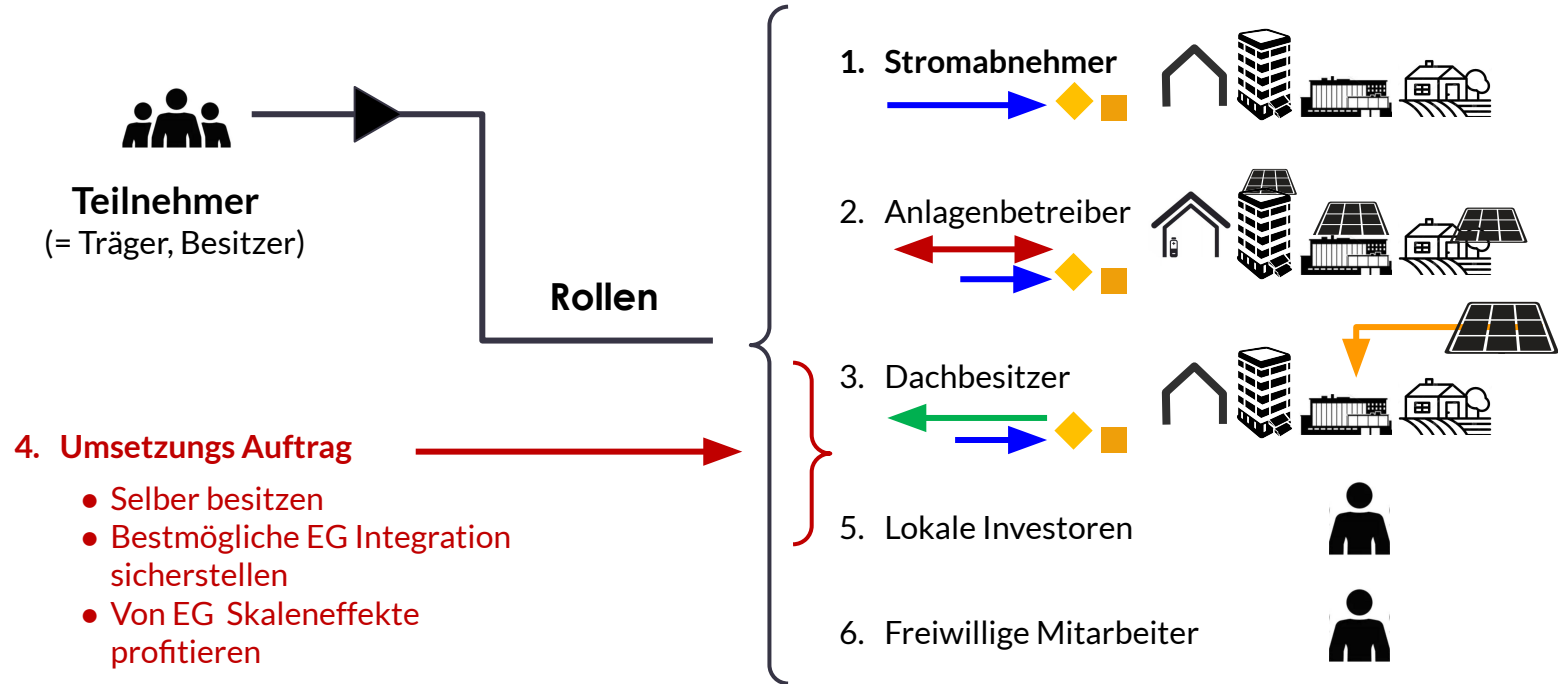
Quelle: [EKZ](#)

...widerspiegelt die Netzlast, Beispiel: AEM

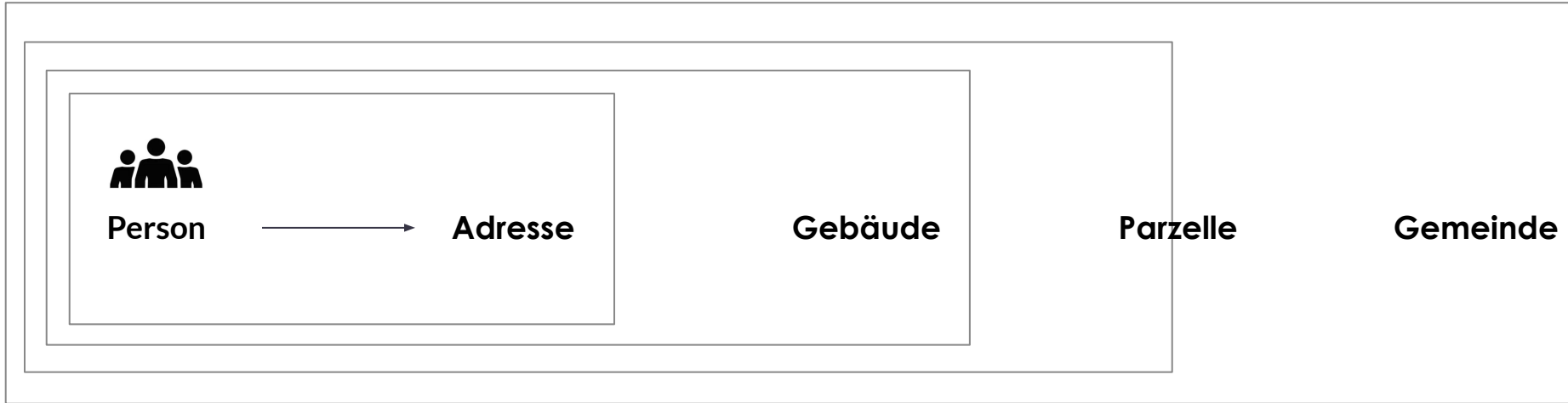


Quelle: [AEM](#) (Präsentation, Elcom Anlass 12/2024)

Update: Ergänzung UM



Planung: Überblick



Planung: Logik, SEP Datenquelle



Quelle: Planauskunft (25/06/2025)



Quelle: Planauskunft (25/06/2025)

198

Sum 3

159

49

7

11

94

97

1

176

1

3

15

3'4'

202

1

1

Update: 26.06.2025

Metadata

DS Dach 376

E.
Bir

Marketing Aktivität

Kon.
Det.

Adr. Det.

EG Produkti

Abgabe, kWh: 2'820'582

1'115'507

Gebäudedetails

Kontakt Sum		Typ	Status										Zertifikat	Kontakt		Gebäude						
No	Anrede	Interessent/ Teilnehmer (auto)	Privat oder Org	Potential, Interessent, Teilnehmer	Ro le	SB	SA	DM	UM	IN	FM	TN	Numm er	Email 1	Mobile	Gebäude Nummer	Adresse (Strassenname und Nummer)	EGID	REFERENZ: Brutto Dachfläche, Sum = DM Dachflächen	REFERENZ: Relevanter Verbrauch kWh (Total - SA	Eigentums verhältnis	Gebäude- Klasse
1	Herr	Patrick Geiser	Privat	Träger	VRP	1		1				1	1	patrick.geiser@weisslingen.ch	+41793008953		Lendikon 57	21019581369	37'139	Besitzer	STWEG	
2	Herr	Silvan Hänggli	Privat	Träger	VR	1						1	2	silvan.haenggli@orgnet.ch	+41792405284		Illnauerstrasse 21a	21029611	46'693	Besitzer	STWEG	
3	Herr & Frau	Regina & Martin Forrer	Privat	Träger	VR	1	1				1	1	3	mail@myforrer.ch	+41793589653		Chalcheren 15	20100151103	12'780	Besitzer	EFH	
4	Herr	Thomas Jucker	Privat	Träger		1	1	1				1	4	t.jucker@mrcomputer.ch	+41793195847		Zelglweg 1	89961	120	81'473	Besitzer	EFH
5	Herr	Johannes Bachofner	Privat	Träger		1				1		1	5	johan.bachofner@bluewin.ch	+41794692850		Dettenried 54	89932	297	27'108	Besitzer	STWEG
6	Frau	Annina Speerli	Privat	Träger		1	1					1	6	aspeerli@bluewin.ch	+41787090928		Tollenstrasse 25.1	21028741561	39'925	Besitzer	EFH	
7	Frau	Marlies Bieri	Privat	Träger		1						1	7	marlies-zenger@hotmail.com	+41793583365		Luegislandweg 2	90000	287	21'485	Besitzer	MFH
8	Herr	Urs Hutmacher	Privat	Träger		1				1		1	8	urs.hutmacher@hotmail.com	+41774490194		Tollenstrasse 27	3024092	121	3'848	Mieter	EFH
9	Herr	Werner Denzler	Privat	Träger		1	1					1	9	ingwer11@outlook.com	+41795207140		Dettenniederstrasse 42	21021711	0	Besitzer	STWEG	
10	Herr	Mark A. Saxer	Privat	Träger		1		1				FALSE	10	marksaxer@outlook.com	+41795737827		Grabenwiese 26	3024065	135	15'873	Besitzer	EFH
11	Herr	Pascal Martin	Privat	Träger		1		1				1	11	pascal.martin@weisslingen.ch	+41792317506		Dettenried 33a	3024097	80	3'692	Besitzer	EFH
12	Herr	Clemens Wangler	Privat	Träger		1						1	12	clemens.wangler@weisslingen.ch			Grabenwiese 66e	90239	161	13'394	Besitzer	EFH
13	Herr	Christof Strehler	Privat	Träger		1		1		1		1	13	eva_chris.strehler@gmx.net	+41787713737		Püngertli 24	2010015174	74	5'846	Besitzer	EFH
14	Herr	Markus Moser	Privat	Träger		1				1		1	14	markus.moser@weisslingen.ch	+41797844550		Dettenried 33d	3024098	77	3'659	Besitzer	EFH
15	Herr	Christoph Thalmann	Privat	Träger		1	1					1	15	chr.thalmann@gmail.com	+41798185754		Illnauerstrasse 32	90536	137	9'116	Besitzer	EFH
16	Herr	Thomas Schmid	Privat	Träger		1	1					1	16	moos1@bluewin.ch	+41763949610		Moosstrasse 2	90022	578	7'988	Besitzer	EFH
17	Herr	Sven Wildhaber	Privat	Träger		1	1	1				1	17	sv.wildhaber@bluewin.ch	+41797773415		Moosstrasse 2	90022	578	8'520	Besitzer	MFH
18	Herr	Kurt Pechlander	Privat	Träger		1	1					1	18	pechi@bluewin.ch	+41794471804		Chalcheren 3a	2010015180	80	4'793	Besitzer	EFH
19	Frau	Heidi Ammann	Privat	Träger		1						1	19	heidi.ammann@huerlemann.ch	+41788901090		Grabenwiese 15	3024085	242	23'288	Besitzer	WBG

Quelle: InPowers, CRM

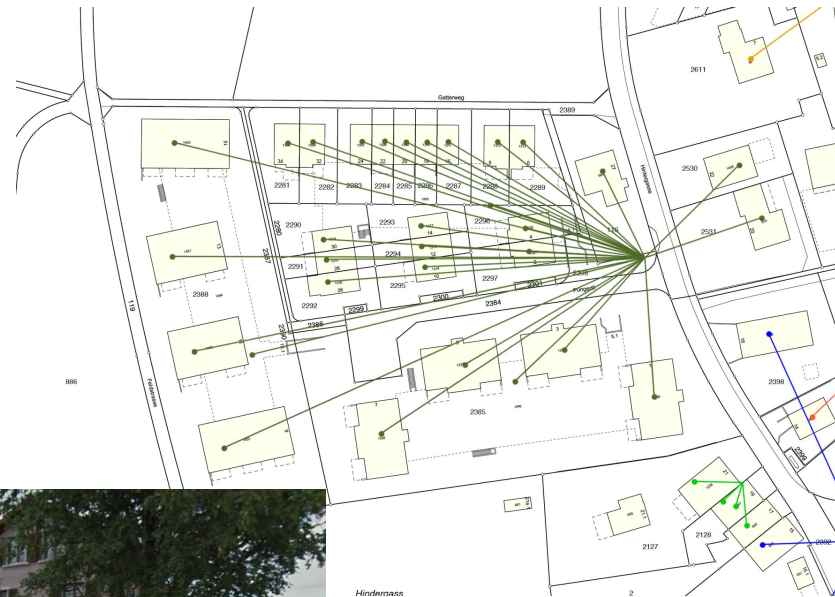
Planung: Gebäude

Gemeinde Analyse: Weisslingen																				
Adr. ID	Adresse		Adresse-Details		Geb	Lin	Summary													
ID	Adresse						Summary													
2'798	2'798	2'798	2'798	2'798			6'952	NA	4'829'936	0	NA	NA	NA	56'115'438	NA	27'397'430	NA	NA	NA	
NA	NA	NA	NA	NA			3.1	NA	1'726	NA	46	27	1'065	20'056	170	9'792	42%	NA	NA	
1'593	1'593	1'593	1'593	1'593			4'076	NA	2'587'484	0	NA	NA	NA	33'603'753	NA	15'353'556	NA	NA	NA	
NA	NA	NA	NA	NA			3.1	NA	1'624	NA	46	28	1'080	21'095	173	9'638	45%	NA	NA	
Adresse							1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
Adr ID	Strasse	H-Nr	PLZ	Uni-EGID			AZ	DF	G. Klasse	PVe kWh/J	Bat. kWh	m2 net/DF	Neigung	Mittlere ES	El. Ertrag, T	E/netm2	Bedarf	% Reg.	WQ-Heiz 1	WQ-WW 1
30972575	Dorfstrasse	6	8484	201006589			30		Gebäude mit drei oder i	0		141	9	1'117	758'064	179	252'286	NA	Heizöl	Heizöl
31096457	Dorfstrasse	6b	8484				30		Gebäude mit drei oder i	0		141	9	1'117	758'064	179	252'286	NA	Heizöl	Heizöl
31097485	Dorfstrasse	6c	8484				30		Gebäude mit drei oder i	0		141	9	1'117	758'064	179	252'286	NA	Heizöl	Heizöl
31093436	Dorfstrasse	6a	8484				30		Gebäude mit drei oder i	0		141	9	1'117	758'064	179	252'286	NA	Heizöl	Heizöl
30855591	Schützengasse	11	8484	90366			10		Schul- und Hochschule	67'870		46	21	1'044	76'557	167	200'374	82%	Elektrizität	Elektrizität
30855600	Dettenriederstrasse	24	8484	90377			5		Schul- und Hochschule	0		129	22	1'104	113'959	177	180'400	90%	Elektrizität	Elektrizität
30938010	Dorfstrasse	7	8484	2306327			8		Gebäude mit einer Woh	0		181	5	1'158	268'631	185	147'676	NA	Heizöl	Heizöl
31006397	Dorfstrasse	3a	8484	210183748			5		Gebäude mit drei oder i	0		54	0	1'184	50'996	189	97'189	57%	Unbestimmt	Elektrizität
31006398	Dorfstrasse	3b	8484	210183749			3		Gebäude mit drei oder i	0		83	0	1'121	44'396	179	79'191	52%	Unbestimmt	Elektrizität
30855649	Dettenriederstrasse	37	8484	90429			5		Gebäude mit drei oder i	0		45	40	1'033	37'440	165	73'140	66%	Elektrizität	holz (generisch)
30855340	Rennweg	43	8484	90106			3		Gebäude mit drei oder i	0		186	31	1'000	89'390	160	66'599	31%	Holz (generisch)	Elektrizität
30855689	Dorfstrasse	67	8484	90469			8		Gebäude mit drei oder i	0		61	22	983	76'874	157	63'927	34%	Heizöl	Elektrizität
30855552	Oberhof	2	8484	90324			2		Gebäude mit einer Woh	0		92	36	1'095	32'202	175	62'273	71%	Unbestimmt	Elektrizität
30855595	Dorfstrasse	9	8484	90372			6		Gebäude mit einer Woh	128'413		114	23	1'098	119'721	176	61'666	12%	Heizöl	Unbestimmt
31253333	Haslerweg	2.2	8484	210287476			4		Landwirtschaftliche Bet	0		241	18	1'185	183'041	190	60'354	1%		
30959800	Neschwilerstrasse	13	8484	3116359			7		Gebäude mit drei oder i	0		49	26	1'128	62'248	180	60'068	56%	Unbestimmt	Elektrizität
31253331	Zelgliweg	1.1	8484	210287474			2		Landwirtschaftliche Bet	0		476	15	1'184	180'347	189	58'332	1%		
30967507	Dorfstrasse	8	8484	200294243			30		Industriegebäude	0		141	9	1'117	758'064	179	57'992	6%	Heizöl	Elektrizität
30996645	Theillgerstrasse	78	8484	210126532			2		Industriegebäude	36'536		129	18	1'218	50'274	195	57'249	47%	Unbestimmt	Unbestimmt
31253329	Römerweg	34.2	8484	210287472			5		Landwirtschaftliche Bet	0		270	14	1'192	257'871	191	56'353	1%		
31295603	Dorfstrasse	46a	8484	210295691					Gebäude mit drei oder i	0		NA			0	NA	55'403	43%	Unbestimmt	Unbestimmt
31284517	Dorfstrasse	47	8484	210293508			6		Gebäude mit drei oder i	29'263		48	27	1'125	51'998	180	55'181	38%	Unbestimmt	Unbestimmt
30937990	Theillgerstrasse	46	8484	2306110			2		Bürogebäude	0		100	23	1'162	37'099	186	52'843	85%	Elektrizität	Elektrizität
31033881	Dorfstrasse	12	8484	210215964			2		Gebäude mit drei oder i	0		160	0	1'116	57'028	178	52'556	13%	Heizöl	Heizöl
31295704	Dorfstrasse	46b	8484	210295690			1		Gebäude mit drei oder i	0		32	10	1'080	5'573	173	52'379	42%	Unbestimmt	Unbestimmt
31253335	Lindenbergrweg	1.1	8484	210287478			4		Landwirtschaftliche Bet	0		194	15	1'198	149'129	192	51'042	1%		
30855793	Rössligasse	1	8484	90579			7		Gebäude mit drei oder i	0		32	40	1'001	36'383	160	50'879	52%	Erdwärmesonde	rdwärmesonde

Planung: Netzwerk, Widum



Planung: Netzwerk, Püngertli



Planung: Netzwerk, Leisibüel



Planung: Netzwerk, Weiherweg



Planung: Konkret

1. Teilnehmer Infrastruktur, Bestand & Einbindung
2. Marketing: Interessenten, High Potentials
3. Netzwerk & Speicher Infrastruktur/Strategie
4. Verträge (DM, UM, IN, FA), Gründung Infrastruktur AG
5. Verträge EK/FK Finanzierung
6. Investment P1, Umsetzung P1

>> Freiwillige für Aufnahme
Infrastruktur & Quick Wins,
Hausbesuche

>> Freiwillige für Interessenten,
2. Versuch

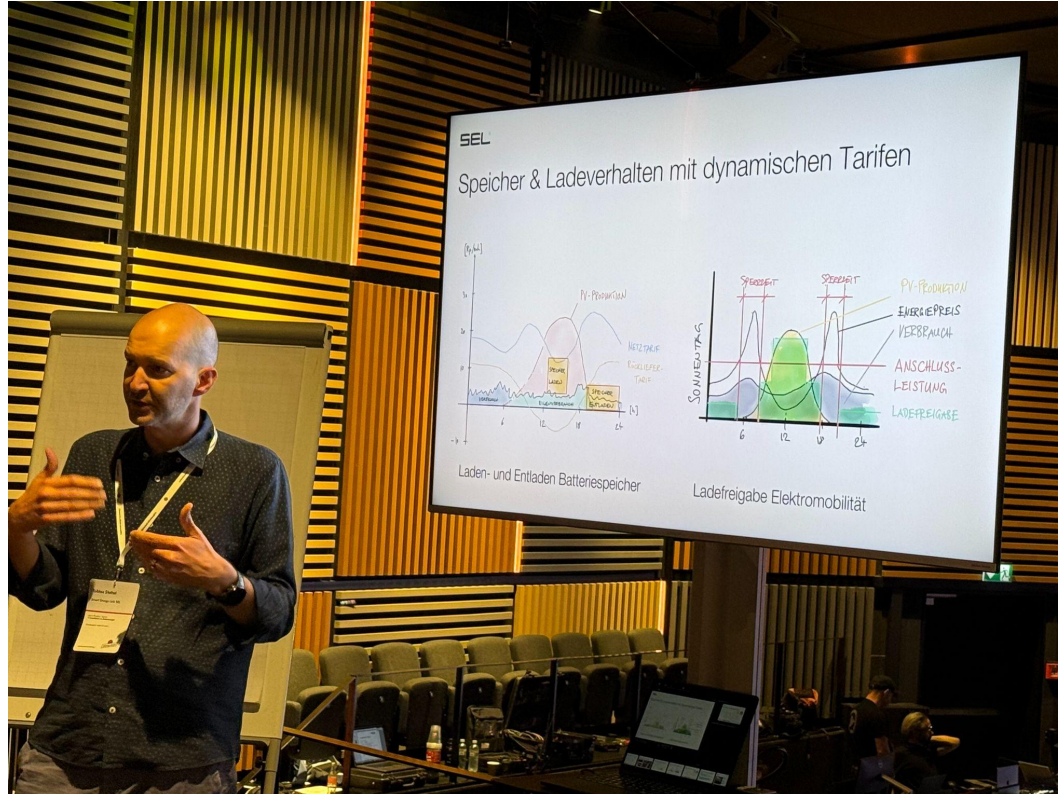
>> InPowers: Anschrift, Einbindung Top 100

>> Meetings mit Teilnehmer in
diesen Rollen (Vertragsvorlage,
Diskussion)

>> EKZ, GIS Netz-Topographie,
Verbrauchsdaten...Anschrift

>> Investitionsrechnung &
Betriebsplan, Finanzierung
(in Infrastruktur AG)

Fazit



>> Los gehts !

Danke

InPowers AG
Rohrstrasse 44
8152 Glattbrugg

Kontakt:

Felix Speerli (+41 79 733 11 33, felix.speerli@inpowers.ch)

Milenko Diekmann (+41 76 568 98 99, milenko.dieckmann@inpowers.ch)

Nick Beglinger (+41 79 421 50 77, nick.beglinger@inpowers.ch)

